



# Med. in Germany – Mad in Germany?

Pressekonferenz zum 43. Bayerischen Zahnärztetag

„Med. in Germany – Mad in Germany?“ – Mit dieser provokanten Frage warteten BLZK-Präsident Michael Schwarz und KZVB-Chef Dr. Rolf-Jürgen Löffler zur Pressekonferenz anlässlich des 43. Bayerischen Zahnärztetages auf. Im Münchner Presseclub standen sie Medienvertretern Rede und Antwort. Moderiert wurde die Veranstaltung vom PR-Referenten der BLZK, Zahnarzt Christian Berger.

**S**tatt Individualisierung, also Zuwendung zum Menschen, fordert die Gesundheitsökonomie im Einklang mit der Politik zunehmend Standardisierung, Pauschalisierung und Budgetierung der Medizin. Dabei bleibt der Patient auf der Strecke.“ Mit plastischen Beispielen kritisierte Kammerpräsident *Michael Schwarz* die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die jede Innovation auf dem Gesundheitssektor in Frage stellte. „Noch profitieren wir in Deutschland von den Präventionserfolgen der Vergangenheit. Zahnmedizin braucht hierzulande keine Qualitätsvergleiche zu scheuen. Aber der Weg ist vorgezeichnet in Richtung Defensivmedizin, wenn die Einschränkungen des Gesetzgebers, der Krankenkassen und privaten Versicherer zunehmen.“ Dabei werde vergessen, daß im deutschen Gesundheitswesen derzeit mehr als vier Millionen Menschen arbeiten. In der Kfz-Industrie, die wie kaum eine andere Branche das Bild vom Wirtschaftsstandort Deutschland prägt, sind es dagegen nur 700.000 Beschäftigte – Tendenz eher abnehmend. „Wer das Gesundheitswesen jedoch als Störfaktor einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung empfindet, der tritt auf eine Wachstumsbremse, die vorhandene Arbeitsplätze in Gefahr bringt und zukünftige erst gar nicht entstehen läßt“, so der BLZK-Präsident.

## **Gesundheitspolitik ohne Reformen**

Die hohe Zufriedenheit der Patienten mit ihren Zahnärzten stellte der KZVB-Vorsitzende *Dr. Rolf-Jürgen Löffler* in den Mittelpunkt.



Foto: Kohut

BLZK-Präsident Michael Schwarz (links) warnt: „Der Weg in Richtung Defensivmedizin ist vorgezeichnet.“

Erneut forderte er die Einführung befundorientierter Festzuschüsse, um das Selbstbestimmungsrecht des Patienten auch in der GKV zu erhalten. Löffler: „Für mich gehört es zur Zwei-Klassen-Medizin, wenn der freiwillig Versicherte besser gestellt wird als der normal Versicherte in der GKV. In keinem anderen Lebensbereich wird die Wahlfreiheit des Bürgers so eingeschränkt wie in der Gesundheitsversorgung.“

Scharf geißelte er den Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der u. a. den erhöhten Mehrwertsteuersatz für zahn-technische Leistungen vorsieht. Löffler: „Damit bereichert sich der Staat an der Zahnkrankheit seiner Bürger. Dem Finanzminister bringe diese Aktion rund 180 Mio. € mehr in die Kassen. Geld, das für die Versorgung der Patienten fehle. Zugleich würden die Gesetzlichen Krankenkassen mit höheren Kosten belastet.“ Die derzeitige Gesundheitspolitik lasse keinen Ansatz für echte Reformen erkennen. Statt dessen würden bürokratische Kontroll-Instrumentarien eingeführt, die ein freiheitliches Gesundheitswesen mittelfristig in Frage stellen.

In der anschließenden Diskussion standen Fragen nach neuen Behandlungsformen und deren Finanzierung im Mittelpunkt. Der Auffassung, daß Wunschleistungen nicht in den Sachleistungskatalog der GKV zählen, wurde auch von den kritischen Medienvertretern nicht widersprochen.

Redaktion